

Quo vadis, Europa?

Europäische Union. Welchen Ordnungsrahmen braucht Europa? Reicht die Währungsunion oder muss sich Europa stärker zur Fiskalunion entwickeln? Markus Demary, Volkswirt beim Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW), versuchte auf einem Symposium eine Antwort zu geben. 

Die Krise in Europa ist keine Krise des Euro, da ist sich IW-Volkswirt Markus Demary sicher. Denn der Innenwert des Euro sei selbst in der Krise stabil geblieben (Grafik). „Wir leben in einem Zeitalter niedriger Inflationsraten“, stellt der

Volkswirt fest. „Selbst Länder, die früher einmal hohe Inflationsraten hatten, haben es vor ihrem Beitritt zur Eurozone geschafft, die Preise in den Griff zu bekommen.“

Ähnliches konstatiert Demary für den Außenwert des Euro gegenüber

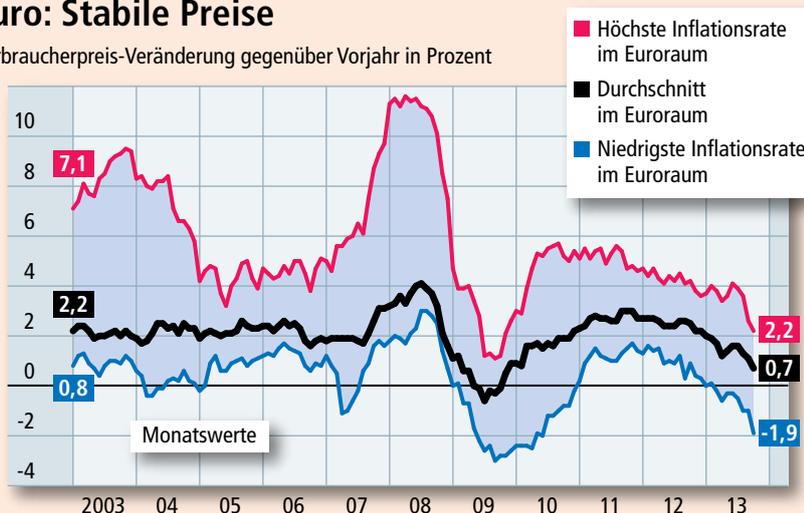
Pfund, Dollar und Yen. Der Euro schwanke kaum noch, was das Vertrauen in ihn belege (Grafik Seite 2).

Der IW-Wissenschaftler verortet das Problem der Eurozone an anderer Stelle – in der Verzahnung aus Bankenkrise, Staatsschuldenkrise und makroökonomischer Krise: „Wenn Staaten ein höheres Insolvenzrisiko haben, haben kurz darauf auch Banken ein höheres Insolvenzrisiko, weil sie Staatsanleihen halten. Und weil dann Banken ein höheres Insolvenzrisiko haben, steigt wieder das Insolvenzrisiko der Staaten. Das ist fast wie ein Perpetuum mobile.“

Für Markus Demary ist der Kern der Krise also nicht der Euro, sondern die enge Verflechtung von Bank- und Staatsschulden. Damit Banken in Zukunft nicht mehr die Steuerzahler belasten, plädiert der Geldexperte für eine Bankenunion, also eine gemeinsame Bankenaufsicht und eine gemeinsame Abwicklungsbehörde. Genau das haben die EU-Finanzminister jetzt auf den Weg gebracht. Das sei ein Schritt in die richtige Richtung, →

Euro: Stabile Preise

Verbraucherpreis-Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Euroraum: 17 Länder; Quelle: Eurostat

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - Iwd 1

Inhalt

Immobilienmarkt. Eine Preisbremse soll Mieterhöhungen in Ballungsräumen begrenzen. Für einkommensschwache Mieter wird es dadurch noch schwieriger, eine bezahlbare Wohnung zu finden.
Seite 3

IW-Verbandsfrage. Die Wirtschaftsverbände sehen 2014 optimistisch entgegen – und erwarten bessere Geschäfte und höhere Investitionen als 2013.
Seite 4-5

Verteilungsdebatte. Die meisten Bundesbürger sehen die Einkommensunterschiede in Deutschland kritisch, bewerten ihre eigene Lage aber positiv.
Seite 6-7

Familienunternehmen. Nicht nur den Mittelstand beherrschenden familieneigene Betriebe, auch Tausende von Großunternehmen sind in Familienhand – vor allem in der Industrie.
Seite 8

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ sagt Demary, und auch eine gute Erweiterung der Währungsunion.

Ein weiteres Problem sieht der Wissenschaftler in den überbordenden Staatsschulden, ein Phänomen, das es laut Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht geben sollte: Die Schuldenquote dürfte nicht mehr als 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen, das Haushaltsdefizit nicht mehr als 3 Prozent.

Heute halten nur noch drei Euroländer die Defizitkriterien ein. Deutschland und weitere 14 Staaten verletzen die Schuldenregeln.

Deshalb müssen künftig die Fiskalregeln wieder durchgesetzt werden, fordert Demary. „Der Weg des Fiskalpakts, den 16 EU-Staaten Anfang 2013 geschlossen haben, geht schon in die richtige Richtung. Denn der Pakt sieht bei Verstößen Strafzahlungen vor.“

Gleichzeitig muss die Marktdisziplin gestärkt werden, verlangt Demary. „Die Märkte sollten wissen, dass ein Land nicht für die Schulden eines anderen aufkommt.“ Deshalb müssen Länder mit nicht tragfähigen Staatsschulden auf den Märkten wieder höhere Zinsen zahlen, fordert



Dr. Markus Demary

der IW-Ökonom. „Wenn Gläubiger Verluste erwarten, verlangen sie von diesen Staaten entsprechende Risikoprämien, und das befördert die Haushaltsdisziplin.“ Und:

Gemeinschaftsanleihen sind der falsche Weg, weil sie beim Zinssatz alle Länder gleich behandeln.

Eine Fiskalunion kommt für den IW-Experten ebenfalls nicht infrage. Dann würden Staaten, die sich in einer Rezession befinden und deshalb weniger Steuereinnahmen und mehr Arbeitslose haben, von anderen unterstützt. Weil aber die Eurozone keine zentrale Regierung hat, würde eine solche Fiskalunion letztlich nur Anreize für eine nachlässige Wirtschaftspolitik der Nationalstaaten setzen.

Dass Spanien neben Griechenland mit 27 Prozent die höchste Arbeitslosenquote in der Eurozone

hat, komme ja nicht von ungefähr, meint Demary. Das habe damit zu tun, dass in Spanien die Immobilienpreisblase geplatzt ist, was zu einer Bankenkrise geführt hat und in eine Rezession mündete. „Aber die Immobilienpreisblase ist unter nationaler Politik entstanden und nicht durch europäische Politik.“

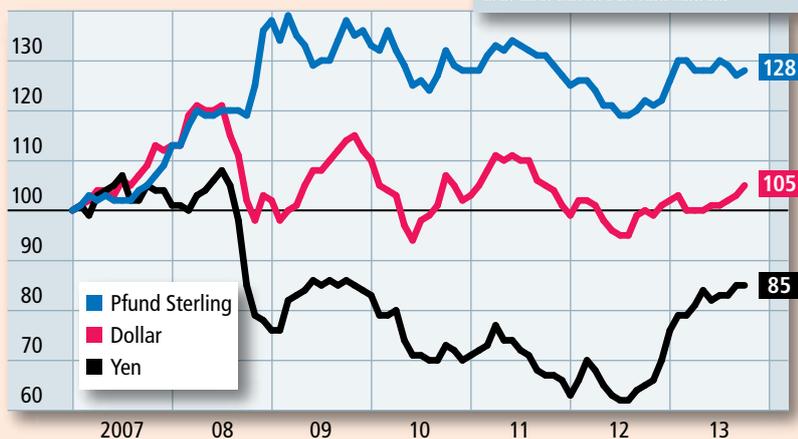
Für den IW-Ökonomen ist auch klar, dass das Problem der Krisenländer nicht in fehlenden Versicherungsmechanismen besteht. Vielmehr mangle es an politischer Weitsicht und an Standortqualität. So kommt z. B. Griechenland in einem Index, bei dem der Durchschnitt von 45 Industrieländern den Wert 100 hat, im Bereich der Infrastruktur nur auf 74 und beim Humankapital auf 70 Punkte. „Die Krisenstaaten müssen selbst den schmerzlichen Weg der Reformen gehen, das kann ihnen Europa nicht abnehmen.“

Dass Europa eine Zentralregierung bekommt, also zu einer politischen Union zusammenwächst, in der die Länder mehr und mehr Verantwortung an Europa abgeben, sieht Demary nicht.

Er plädiert deshalb dafür, einen Schritt nach dem anderen zu gehen. Wichtig ist ihm, dass die nationalen Schuldenbremsen eingehalten und Banken resistent gegen Staatsschuldenkrisen gemacht werden. Das gehe aber nur, wenn Banken Staatsanleihen, die sie kaufen, mit genug Eigenkapital unterlegen müssen. Das aber sei bislang nicht vorgesehen, bemängelt Demary.

Euro: Stabiler Außenwert

Wechselkurse gegenüber Euro, Januar 2007 = 100



Im Januar 2007 bekam man für 100 Euro rund 66 Pfund, im Oktober 2013 waren es knapp 85 Pfund. Der Kurs des Euro gegenüber dem Pfund ist also um 28 Prozent gestiegen. Auf diesem Level bewegt er sich aber schon seit fünf Jahren.

Ursprungsdaten: Eurostat

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - Iwd 1



Weitere Informationen:
Institut der deutschen
Wirtschaft Köln, DekaBank
und Börsen-Zeitung:
12. Finanzmarkt-Round-Table

www.iwkoeln.de/finrt

Mietpreisbremse wird zum Bumerang

Immobilienmarkt. Mit der Mietpreisbremse will die Politik Mieterhöhungen in den Ballungsräumen begrenzen. Das Vorhaben wird nach hinten losgehen und es einkommensschwachen Mietern noch schwerer machen, eine bezahlbare Wohnung zu finden.

Das Wort Mietpreisbremse kommt im Koalitionsvertrag zwar kein Mal vor, doch es beschreibt treffend, was die Große Koalition vorhat: Bei Wiedervermietungen sollen die Mieten die ortsübliche Vergleichsmiete lediglich um höchstens 10 Prozent überschreiten dürfen – Erstmieten in Neubauten und Mieten nach umfangreichen Modernisierungen ausgenommen.

Doch schon die Idee, Neubauten auszuklammern, um Investoren bei Laune zu halten, zeigt das fehlende Marktverständnis der Politik. Aufgrund der besseren Qualität eines Neubaus wird die ortsübliche Vergleichsmiete in der Regel deutlich überschritten. Wenn Investoren aber davon ausgehen müssen, dass sie nach der Erstvermietung die Mieten jahrelang nicht anpassen können, werden sie die Erstmiete entspre-

chend hoch ansetzen. Da sich im Markt jedoch nicht jede Preissteigerung durchsetzen lässt, wird die Neubautätigkeit zurückgehen. Schlimmer noch:

Alle internationalen Erfahrungen zeigen, dass sich Mietpreisbremsen und andere staatliche Eingriffe letztlich gegen jene wenden, die eigentlich geschützt werden sollen – die Mieter.

Denn die Vermieter werden die Preisbremse umgehen, zum Beispiel durch hohe Abstandszahlungen für Küchen oder eine entsprechende Verteuerung des Stellplatzes. Gerade einkommensschwächere Mieter können sich das aber oft nicht leisten – und gehen bei der Wohnungssuche im Zweifel noch öfter leer aus.

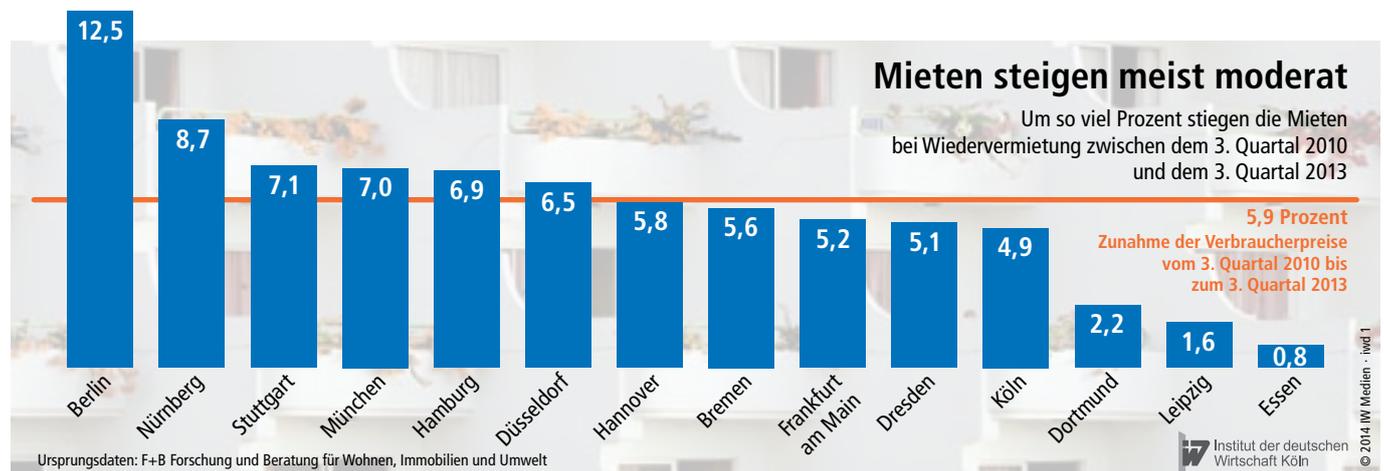
Zudem werden einige Vermieter ihre Wohnungen und Häuser aufgrund der Preisbremse lieber verkaufen. Spanien und Großbritannien etwa haben mit 80 bzw. 70 Prozent nicht zuletzt deshalb höhere Wohneigentumsquoten als Deutschland, weil die Vermieter dort mit sehr restriktiven Mietpreiskappungen aus dem Markt gedrängt wurden.

Wie stark sich die Mietpreisbremse konkret auswirkt, hängt vor allem

davon ab, wie die ortsübliche Vergleichsmiete festgelegt wird. Je stärker der Mietpreisspiegel zwischen verschiedenen Lagen und Qualitäten differenziert und je aktueller die Daten sind, desto weniger restriktiv wirkt die Mietpreisbremse.

Allerdings fließen in die heutigen Mietpreisspiegel typischerweise die Daten der vergangenen vier Jahre ein und es wird wenig differenziert – so dass auch eine moderate Anpassung der Mieten gegen die Mietpreisbremse verstoßen kann. Zudem fordern einige Politiker sogar, die Daten der vergangenen zehn Jahre zu berücksichtigen – dadurch würde der aktuelle Markt überhaupt nicht mehr wiedergegeben.

Apropos Markt: Ein Blick auf die 14 größten Städte zeigt, dass sich die Mieten in den vergangenen drei Jahren eher moderat erhöht haben (Grafik). Zwar gibt es auch Großstädte, in denen die Mieten deutlich stärker gestiegen sind als die Verbraucherpreise, so vor allem in Berlin und Nürnberg. In den meisten Städten hielt sich der Aufschlag bei Wiedervermietungen aber in normalen Grenzen.



Ausgeprägter Optimismus

IW-Verbandsumfrage 2014. Die deutschen Wirtschaftsverbände sehen dem neuen Jahr überwiegend zuversichtlich entgegen. Für ihre Mitgliedsunternehmen erwarten die meisten bessere Geschäfte und auch etwas höhere Investitionen als 2013.

Der Aufwärtstrend in der deutschen Wirtschaft ist nicht zu übersehen – 26 von 48 Verbänden, die das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) befragt hat, berichten zum Jahreswechsel 2013/2014 von einer besseren Stimmung in ihren Unternehmen als ein Jahr zuvor (Tableau). Nur in sieben Bereichen hat sich die Laune verschlechtert.

Beim Blick nach vorn hellen sich die Mienen sogar noch weiter auf:

In 34 von 48 Wirtschaftszweigen rechnen die Unternehmen für 2014 mit einem Produktions- bzw. Umsatzzuwachs gegenüber 2013.

Maßgeblich für diesen Optimismus dürfte sein, dass die Inlandskonjunktur robust ist und im Euroraum viele Zeichen auf Besserung stehen. Daran ändern auch schwächere Wachstumsimpulse aus den Schwellenländern Asiens und Südamerikas sowie der unklare Kurs der deutschen Energiepolitik nur wenig.

Daher werden die Betriebe in den meisten Wirtschaftssparten 2014 wohl zumindest in gleichem Maße investieren wie im vergangenen Jahr.

In immerhin 16 Branchen dürften die Unternehmen ihr Investitionsbudget sogar aufstocken.

Ein großes Beschäftigungsplus ist damit aber nicht verbunden – die Zahl der Branchen, die einen Personalaufbau bzw. -abbau erwarten, hält sich mit jeweils zehn die Waage.

Die Perspektiven einiger wichtiger Wirtschaftsbereiche im Einzelnen:

- **Finanzsektor.** Die einzelnen Verbände beurteilen ihre Aussichten recht unterschiedlich. So blicken die Unternehmen im Bereich Leasing mit Vorfreude auf 2014 – nicht zuletzt die Expansion des Leasings mobiler Investitionsgüter wie Computersoftware dürfte dazu führen, dass die Geschäfte der Branche deutlich besser laufen als zuletzt. Dagegen sind die Volksbanken eher pessimistisch, unter anderem weil die niedrigen Zinsen ihre Margen schmälern. Zudem wird die Finanzbranche als Ganzes 2014 zwar mehr investieren als 2013, dennoch gehen drei der sechs Verbände von einem Beschäftigungsrückgang aus.

- **Maschinenbau.** Die Unternehmen dieser Branche sind zuversichtlich: Wichtige Märkte wie China und die USA bieten gute Wachstumschancen, und auch die Exporte nach Europa dürften wieder zulegen, wenn auch von einem bescheidenen Niveau aus. Die wichtigsten Impulse kommen allerdings aus dem Inlandsgeschäft – dass die Firmen in anderen Wirtschaftsbereichen einigen Nachholbedarf an Investitionsgütern haben, kommt gerade den Maschinen- und Anlagenbauern zugute.

- **Bauindustrie.** Vor allem weil die Bürger angesichts günstiger Kredite weiterhin auf das Eigenheim setzen, rechnet die Baubranche 2014 mit besseren Geschäftsergebnissen. Mittelfristig sind die Erwartungen allerdings eher verhalten.

IW-Verbandsumfrage 2014



Wirtschaftszweig
1. Bergbau
2. Energie- und Wasserwirtschaft
3. Mineralölverarbeitung
4. Steine- und Erden-Industrie
5. Eisen- und Stahlindustrie
6. NE-Metallindustrie
7. Gießereien
8. Chemische Industrie
9. Forschende Pharmaunternehmen
10. Gummiverarbeitung
11. Stahl- und Metallverarbeitung
12. Maschinen- und Anlagenbau
13. Automobilindustrie
14. Luft- und Raumfahrzeugbau
15. Schiffbau und Meerestechnik
16. Elektroindustrie
17. Feinmechanik und Optik
18. Keramische Industrie
19. Glasindustrie
20. Holzverarbeitung
21. Kunststoffverarbeitung
22. Papierverarbeitung
23. Papierfabriken
24. Lederindustrie
25. Druckindustrie
26. Textil- und Modeindustrie
27. Ernährungsindustrie
28. Bauindustrie
29. Baugewerbe
30. Handwerk
31. Entsorgungswirtschaft
32. Groß- und Außenhandel
33. HDE-Einzelhandel
34. Speditionen
35. Banken
36. Sparkassen
37. Volksbanken
38. Investment
39. Leasing
40. Versicherungswirtschaft
41. Gastgewerbe
42. Zeitschriftenverlage
43. Tourismus
44. Informationswirtschaft
45. Messewirtschaft
46. Werbewirtschaft
47. Immobilien
48. Markenverband
Insgesamt

Verzerrte Wahrnehmung

Verteilungsdebatte. Deutschland paradox: Während die Mehrheit der Bundesbürger die Einkommens- und Statusunterschiede im Lande kritisch sieht, bewerten die meisten ihre persönliche Lage als positiv.

Eigentlich ist die wirtschaftliche Situation in Deutschland sehr gut, von den meisten europäischen Nachbarn werden wir jedenfalls beneidet. Auch die Entwicklung der Ungleichheit lässt nach einem Anstieg um die Jahrtausendwende wieder optimistisch in die Zukunft blicken.

Trotz der guten Wirtschaftslage und Aussichten war der Bundestagswahlkampf aber von einer heftigen Verteilungsdebatte geprägt. Mindestlohn, Mütterrente, Rente mit 63 – auch der Koalitionsvertrag wird von Gerechtigkeits- und Verteilungsthemen beherrscht. Doch warum?

Maßgeblich für die Beurteilung der Gerechtigkeit sind offensichtlich nicht die objektiven Fakten, sondern vielmehr subjektiv geprägte Wahrnehmungen über die Verhältnisse in der Gesellschaft, das zeigt eine repräsentative Studie des Sozio-oekonomischen Panels. Dazu haben sich im Sommer 2011 mehr als 1.000 Personen Diagramme mit idealtypischen Gesellschaftsformen angesehen (Grafik). Die Teilnehmer sollten einschätzen, welches Bild am ehesten der Gesellschaftsform in Deutschland entspricht. Der größte Teil entschied sich für Antwort B:

Knapp ein Drittel der Befragten denkt, die deutsche Gesellschaft gleiche einer Pyramide – mit wenigen Menschen am oberen Ende der Einkommenskala, einer etwas größeren Mittelschicht und den meisten Menschen unten.

Ein weiteres Fünftel meint, dass es praktisch keine Mittelschicht gibt, sondern die große Masse der Bevölkerung am unteren Ende der Gesellschaft lebt (Typ A). Das heißt:

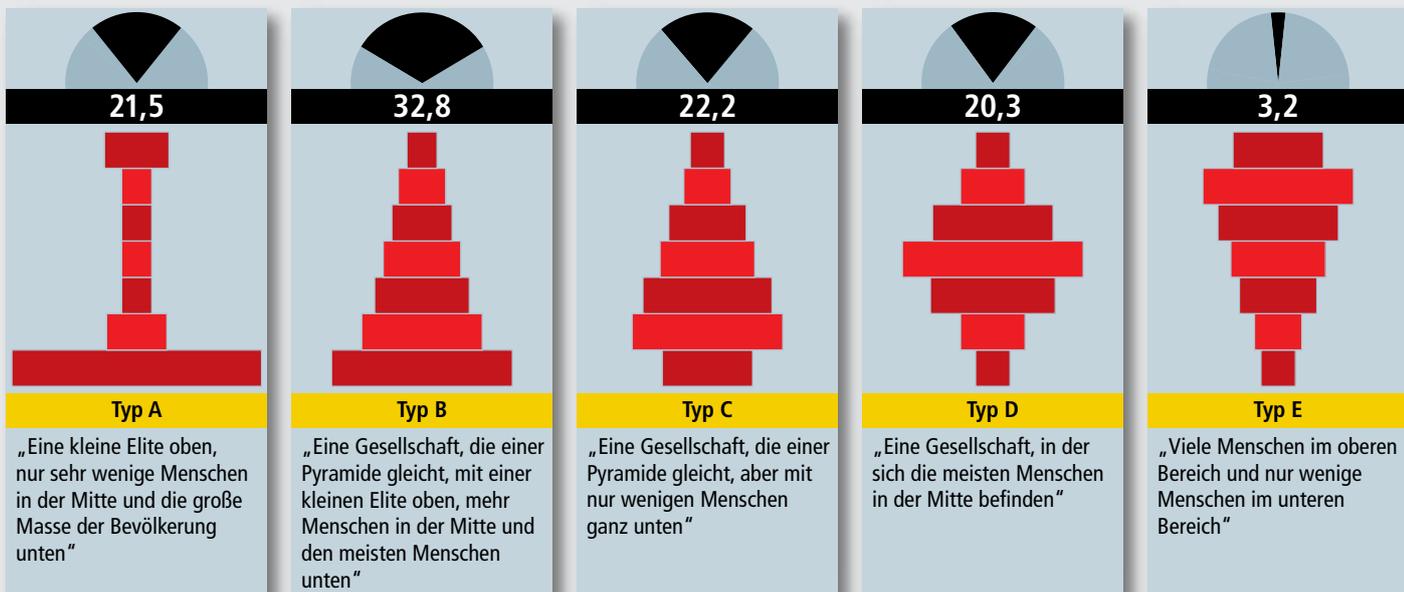
Mehr als die Hälfte der Bundesbürger sind der Überzeugung, in Deutschland gehöre der Großteil der Bevölkerung zum unteren Bereich der Gesellschaft.

Bei Befragten mit niedrigem und mittlerem Einkommen ist die Zustimmung für das Pyramidenmodell

Wie die Deutschen ...

... die Gesellschaft sehen

So viel Prozent der Bundesbürger klassifizieren die Gesellschaft folgendermaßen



(Typ B) mit knapp 40 Prozent noch höher. Diejenigen mit einem vergleichsweise hohen Haushaltsnettoeinkommen von monatlich über 3.500 Euro sehen mehr Menschen in der Mitte der Bevölkerung – jeweils 30 Prozent der Befragten aus dieser Gruppe entschieden sich für Typ B oder C. Im Klartext:

Obwohl das typische Mittelschichtmodell (Typ D) in Deutschland gemeinhin als Idealmodell gilt, sind nur sehr wenige Bundesbürger der Meinung, dass dieses Modell tatsächlich zutrifft.

Fragt man die Deutschen dagegen, wo sie sich selbst finanziell einordnen, sehen sich laut der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) 2012 mehr als 60 Prozent der Befragten als Mitglied der Mittelschicht – das ist der höchste Wert seit der Wiedervereinigung. Dazu kommen weitere

10 Prozent, die sich in die obere Mittelschicht eingruppierten.

Dieses – vollkommen andere – Bild der Gesellschaftsstruktur in Deutschland bestätigt sich, wenn sich die Bundesbürger nicht nach Einkommen, sondern in eine Hierarchie einordnen (Grafik):

Nahezu 80 Prozent der befragten Bundesbürger sehen sich in der oberen Hälfte einer zehnstufigen Oben-Unten-Skala.

Die Verteilung der Antworten ähnelt auffällig stark Typ D der Gesellschaftsformen. Diesen haben gerade einmal 20 Prozent der Bevölkerung als zutreffend gewählt. Diese optimistische Selbsteinschätzung zeigt sich auch in anderen Studien: In der Studie des Sozio-oekonomischen Panels haben knapp 60 Prozent der Befragten ihren materiellen Lebensstandard als durchschnittlich angegeben. Rund ein Viertel schätzt seine Situation sogar als eher besser oder sehr viel besser ein. Nur 15 Prozent sehen sich eher schlechter als der Durchschnitt und lediglich 2 Prozent sehr viel schlechter.

Die Einschätzung der Bundesbürger ist also ziemlich widersprüchlich: Die Menschen vermuten eine ungleiche Gesellschaftsstruktur in Deutschland, ihre eigene Lage aber bewerten sie wesentlich besser. Und das spiegelt sich auch in der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands wider:

In der aktuellen ALLBUS sehen 60 Prozent der Befragten ihre eigene wirtschaftliche Lage als gut oder sogar sehr gut an. Bei der Bewertung der „Lage der Nation“ tun dies aber lediglich 43 Prozent.

Auch ein Blick auf die tatsächliche Verteilung der Einkommen in Deutschland zeigt, dass die bundesdeutsche Gesellschaft eine Mittel-

schicht-Gesellschaft ist. In Relation zum Medianeinkommen – die eine Hälfte der Bevölkerung hat mehr, die andere weniger Geld zur Verfügung – lässt sich die Einkommensverteilung in Schichten darstellen.

Gemäß der Definition des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln gehören Personen mit einem Einkommen von 80 bis 150 Prozent des Medianeinkommens zur klassischen Einkommensmitte (vgl. iwD 30/2013) – für einen Alleinstehenden war das 2011 zum Beispiel bei monatlich 1.313 bis 2.462 Euro netto der Fall. Insgesamt gehört so gesehen rund die Hälfte der Bundesbürger zur Mitte. Etwa 30 Prozent der Deutschen haben geringere Einkommen, weitere 16 Prozent bilden die einkommensstarke Mitte darüber. Nicht einmal 4 Prozent der Bevölkerung gehören zu den Einkommensreichen – bei einem Single sind das netto mehr als 4.100 Euro im Monat.

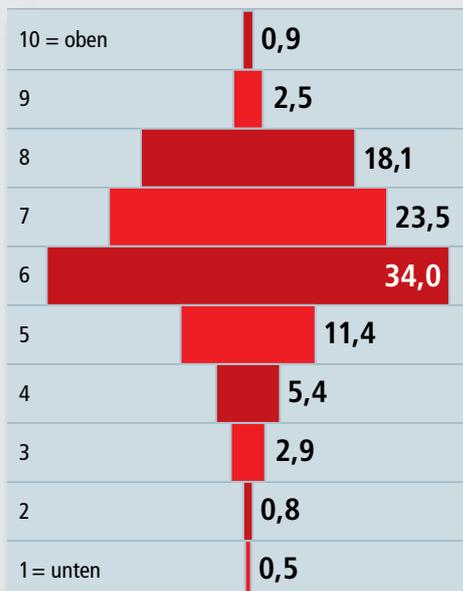
Über die genaue Einteilung der Mittelschicht lässt sich zwar streiten – alle Abgrenzungen und Studien haben aber einen Punkt gemeinsam: Die meisten Bundesbürger gehören der Mittelschicht an.

Bildlich entspricht die Einkommensverteilung in Deutschland eher einem Tannenbaum als einer Pyramide – mit lediglich wenigen Menschen ganz unten und einer breiten Mittelschicht.

Dass die Deutschen ihre persönliche Situation als besser einschätzen als die Gesamtsituation, ist allerdings kein neues Phänomen in der empirischen Sozialforschung – es hängt aber stark von der kulturellen Prägung ab. In den USA beispielsweise sieht die Bevölkerung die Verteilung wesentlich optimistischer, als es die Fakten zur Einkommensverteilung nahelegen.

... sich selbst sehen

So viel Prozent der Bundesbürger stufen sich selbst auf einer Oben-Unten-Skala so ein



Stand: 2012
Quelle: Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS)

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Erfolgreiches Family-Business

Familienunternehmen. Nicht nur im Mittelstand dominieren familieneigene Betriebe, auch in Tausenden von deutschen Großunternehmen hat die Familie das letzte Wort – sie tummeln sich vor allem in der Industrie.

Von zehn mittelständischen Unternehmen in Deutschland sind mehr als neun eigentümergeführte Familienbetriebe. Das heißt, sie wurden entweder von der Elterngeneration auf den jetzigen Eigner übertragen oder sie stehen vor einem Generationenwechsel innerhalb der Verwandtschaft. Insgesamt gibt es in der Bundesrepublik rund 3,4 Millionen kleinere Familienunternehmen – also Einzelunternehmen, Personengesellschaften und GmbHs in Familienbesitz, die weniger als 500 Mitarbeiter beschäftigen und maximal 50 Millionen Euro im Jahr umsetzen.

Eine ganze Reihe familiengeführter Firmen sprengt allerdings diesen Rahmen – man denke nur an

Schwergewichte wie Haribo, Trumpf oder Melitta. Das Institut für Mittelstandsforschung Bonn hat im Auftrag des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) ermittelt, wie viele Unternehmen es davon in der Bundesrepublik derzeit gibt:

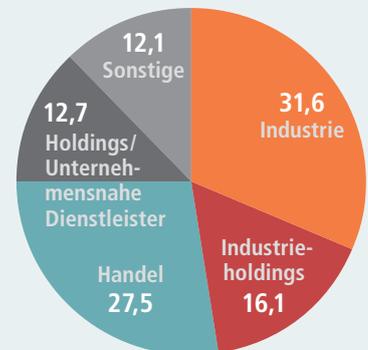
In Deutschland existieren rund 4.500 Familienunternehmen, die mehr als 50 Millionen Euro jährlich umsetzen – und dies oft mit deutlich mehr als 500 Mitarbeitern.

Von Ausnahmen abgesehen – Meyra, der ehemalige europäische Marktführer für hochwertige Rollstühle aus Ostwestfalen, ist seit März 2013 insolvent – agieren große Familienunternehmen sehr erfolgreich: Ihr Umsatz ist seit dem Krisenjahr 2009 um durchschnittlich ein Viertel gestiegen. Nach zweistelligen Zuwächsen in den Jahren 2010 und 2011 schwächelte das Umsatzplus im Jahr 2012 mit nur noch 3 Prozent jedoch deutlich, sodass auch die Gewinne nachgaben (Grafik).

Die meisten größeren deutschen Familienunternehmen – rund ein Drittel – findet man in der Industrie, weitere 16 Prozent sind Familienholdings oder Managementgesellschaften, die überwiegend Industriebeteiligungen halten. Auch die 13 Prozent unternehmensnahe Dienstleister und Holdings arbeiten häufig der Industrie zu.

Familienunternehmen: Meist in der Industrie tätig

So viel Prozent der größten deutschen Familienunternehmen waren 2013 in diesen Wirtschaftsbereichen tätig



Befragung von 4.138 großen Familienunternehmen; Holding: Muttergesellschaft, die Beteiligungen an anderen Unternehmen hält; Quellen: BDI, Deutsche Bank

Eigenkapital und Gewinnsituation

Jahr	Eigenkapitalquote	Gewinn in Prozent des Umsatzes
2009	33,6	2,3
2010	34,5	3,4
2011	35,3	3,2
2012	36,5	2,8

Eigenkapitalquote: Eigenkapital in Prozent der Bilanzsumme
Quellen: BDI, Deutsche Bank

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwd 1

Ein Viertel der 4.500 umsatzstarken deutschen Familienunternehmen hat seinen Sitz in Nordrhein-Westfalen, ein Fünftel ist in Bayern ansässig. Die Hauptstadt des Family-Business liegt jedoch im Norden:

In Hamburg wohnen 2,1 Prozent der Bevölkerung, beim Anteil der großen Familienunternehmen kommt die Hansestadt auf stolze 4,4 Prozent.

In Ostdeutschland gibt es insgesamt nur rund 300 große Familienunternehmen.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

Redaktionsassistenz: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 8,84/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.